

Kommunalfinanzen besorgniserregend

Schulden der Städte und Gemeinden in Schleswig-Holstein steigen kräftig an

Die finanzielle Situation der Gemeinden in Schleswig-Holstein ist besorgniserregend. Neueste Zahlen des statistischen Landesamtes zeigen, dass die Verschuldung deutlich gestiegen ist. Jetzt kommt es darauf an, die Kommunen von Aufgaben zu entlasten sowie schnell und unbürokratisch die Investitionsmittel aus dem Sondervermögen des Bundes zu nutzen.

2024 sind die Schulden der schleswig-holsteinischen Kommunen kräftig gestiegen, das hat das Statistikamt Nord ermittelt. Die Verschuldung der Kernhaushalte bei Kreditinstituten wuchs gegenüber dem Vorjahr um 12,2 Prozent oder 516 Millionen Euro. In der Summe weist die Statistik eine Verschuldung von 4,7 Milliarden Euro aus.

Besonders besorgniserregend ist die Entwicklung bei den Kassenkrediten. Sie stiegen um 325 Millionen Euro auf jetzt 477 Millionen Euro. Allein die beiden kreisfreien Städte Kiel und Lübeck haben im letzten Jahr zusätzliche Kassenkredite von 268 Millionen Euro aufgenommen. Ein Kassenkredit lässt sich am besten mit der Überziehung des privaten Girokontos vergleichen. Die Ausnutzung des Dispositionsrahmens zeigt, dass die laufenden Ausgaben weitaus höher sind als die laufenden Einnahmen.

Aber die Situation ist in den einzelnen Städten nicht einheitlich: So stiegen die Schulden von Kiel und Lübeck um jeweils ein Drittel, während Flensburg und Neumünster sogar Schulden zurückführen konnten.

Von den rund 1.100 Gemeinden in Schleswig-Holstein hatten zum Jahresende 2024 370 überhaupt keine Schulden. Überwiegend handelt es sich dabei um kleinere amtsangehörige Gemeinden. Die einzige Kreisverwaltung ohne Schulden war auch 2024 der Kreis Stormarn.

Schulden sind nicht per se „schlecht“, wenn ihnen ein konkreter Gegenwert durch finanzierte Infrastruktureinrichtungen entgegensteht. Aber Kredite müssen verzinst und getilgt werden! Darum führt eine höhere Verschuldung immer auch zu einer größeren Belastung der künftigen Haushaltsjahre mit Finanzierungskosten.

Jede Kommune muss sich also fragen, ob sie die höhere Kreditbelastung in Zukunft auch aus regulären Einnahmen bedienen kann. Ist das nicht der Fall, führen Kreditaufnahmen in eine Schuldenfalle, die immer höhere künftige Belastungen in den Kommunalhaushalten nach sich zieht.

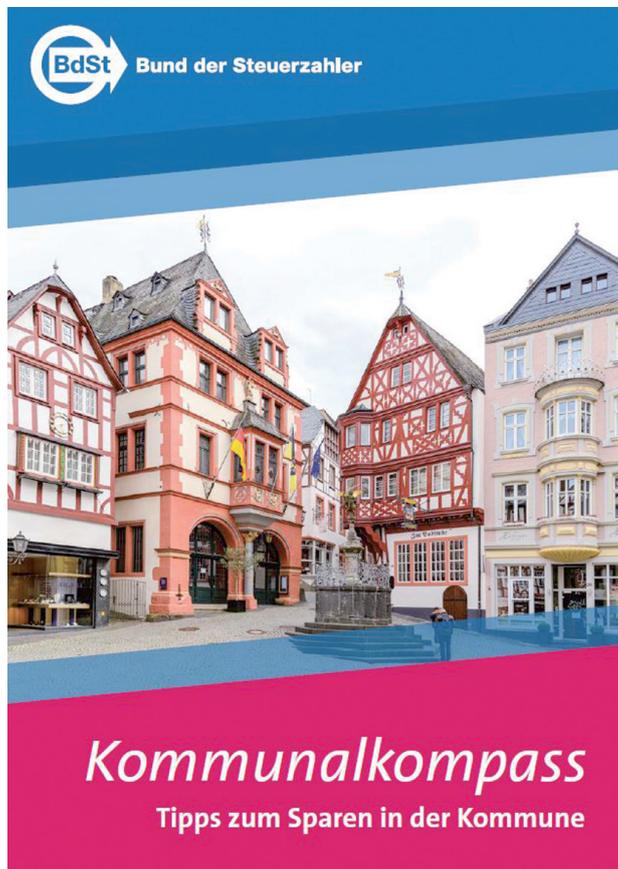
Die besorgniserregenden Zahlen des statistischen Amtes machen deutlich, dass die Städte und Gemeinden in Schleswig-Holstein mit der Unterhaltung und Gestaltung ihrer Infrastruktur finanziell überfordert sind. Immer mehr Aufgaben, insbesondere bei der Ganztagsbetreuung von Kindern, werden auf die Gemeinden übertragen. Dem stehen keine ausreichenden finanziellen Mittel gegenüber.

Eine Entlastung können die Sondervermögen bringen, die der Bund über die Schuldenbremse hinaus kreditfinanziert aufgelegt hat. Immerhin 62,5 Prozent der dem Land Schleswig-Holstein zufließenden Mittel sollen an die Kommunen weitergereicht werden. Dieses entspricht der Forderung des Bundes der Steuerzahler, die Kommunen mit ihren Infrastrukturaufwendungen an den Finanzierungstöpfen zu beteiligen.

Doch jetzt muss diese Chance auch kurzfristig genutzt werden: Schnell und unbürokratisch müssen die Mittel an die Kommunen ausgekehrt werden, damit diese wichtige Infrastrukturinvestitionen ohne zusätzliche Verschuldung leisten können.

Rainer Kersten

rainer.kersten@steuerzahler.de



Der Bund der Steuerzahler bietet Verwaltungen und Kommunalvertretungen mit dem Kommunalkompass eine gute Hilfestellung bei der Bewältigung der finanziellen Probleme an. Die Broschüre kann kostenlos heruntergeladen oder in gedruckter Form beim Bund der Steuerzahler bestellt werden. Weitere umfangreiche Informationen bieten wir im Internet unter www.steuerzahler.de/kommunen/. Hier finden Sie auch aktuelle Auswertungen unserer bundesweiten Kommunallumfrage.

Schleswig-Holstein im Schwarzbuch 2025/26

Verschwendung von Steuergeld können wir uns nicht mehr leisten

Zum 53. Mal in Folge legte der Bund der Steuerzahler sein jährlich erscheinendes Schwarzbuch vor. Sieben der 100 zusammengetragenen Fälle stammen aus Schleswig-Holstein. Darunter sind auch zwei Erfolgsfälle, bei denen die Verschwendung jetzt beendet wurde.

Für Dr. Aloys Altmann, Präsident des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein, zeigen die Fälle beispielhaft auf, wie es immer wieder zu sinnlosen Ausgaben von Steuergeld kommt: „Größenwahn, fehlende Prioritätensetzung und mangelhafte Planung sind

nach wie vor Ursache von vielen Fehlern in Politik und Verwaltung.“ „Doch einen solch sorglosen Umgang mit dem mühsam erarbeiteten Geld der Steuerzahler können wir uns nicht mehr leisten“, so Altmann. Nach Jahren, in denen Geld nicht der knappe Faktor für öffentliche Leistungen war, komme es jetzt darauf an, beherzt aber klug umzusteuern. Mit Investitionen für die wichtigen Zukunftsaufgaben sowie den Erhalt und die Verbesserung unserer Infrastruktur müssen wir den Start in die Erfolgsspur zurückführen, erklärte Altmann.

Hier veröffentlichen wir die Fälle aus Schleswig-Holstein in einer Kurzfassung:

Sachsenwald: Die Familie der Grafen Bismarck hat für ihren Privatwald vom Land Schleswig-Holstein 130.000 Euro Finanzausgleichsmittel erhalten, die ihnen gar nicht zustehen. Für eine Rückforderung ist es jetzt zu spät.

Landeshauptstadt Kiel: Im Dezember 2023 eröffnete das Land ein „Welcome Center“, um die Anstellung ausländischer Fachkräfte in Schleswig-Holstein zu erleichtern. Doch mit den zehn Vollzeitstellen wurden 2024 nur 516 Beratungen durchgeführt und fünf Bewerber vermittelt.

Lübeck-Travemünde: Eigentlich sollte die neue Auto- und Passagierfähre „Welt ahoi!“ das Aushängeschild eines modernen, emissionsarmen Fährverkehrs zwischen den Lübecker Stadtteilen Travemünde und Priwall werden. Doch es kam anders. Seit Übergabe des Neubaus im November 2023 konnte das gut fünf Millionen Euro teure Schiff nicht eingesetzt werden.



Die Einweihung der Hybridfähre „Welt ahoi!“ wurde noch groß gefeiert. Doch danach konnte das Schiff nur an drei Tagen betrieben werden.

Foto: © Stadtwerke Lübeck

Weitere Verschwendungsfälle, Updates und Hintergrundinformationen liefert die Rechercheplattform des Bundes der Steuerzahler: www.schwarzbuch.de.

Heide: Es sollte ein „Leuchtturm-Projekt“ werden: Der schwedische Batterie-Hersteller Northvolt wollte in Schleswig-Holstein eine neue Batteriefabrik für Elektroautos errichten. Die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau hat dafür eine Wandelanleihe in Höhe von 600 Millionen Euro gewährt, für die der Bund und das Land Schleswig-Holstein je zur Hälfte gebürgt haben. Jetzt ist Northvolt pleite und das Geld weg.

Missunde: Die 2024 für vier Millionen Euro neu gebaute Solarfähre „Missunde III“ erfüllt ihren Zweck nicht.

Jetzt wurde entschieden, dass das neue Schiff für rund 1,3 Millionen Euro umgebaut wird, damit es endlich eingesetzt werden kann. Dabei wäre es günstiger, das Vorgängermodell weiter seinen Dienst machen zu lassen.

Fehmarn: Für rund 62 Millionen Euro soll die Fehmarnsundbrücke als Ausweichtrasse für die Eisenbahn ertüchtigt werden, falls der parallel

gebaute Tunnel nicht rechtzeitig für die Hinterlandanbindung der Festen Fehmarnbeltquerung fertig wird.

Landeshauptstadt Kiel: Der „Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein“ darf weiterhin so heißen. Pläne, den Begriff „Straßenbau“ zu streichen, sind vom Tisch. Damit wird unsere Forderung



Baubeginn mit viel Prominenz aus Berlin: Die Euphorie war groß.

Foto: © Staatskanzlei

aus dem Schwarzbuch 2023/24 erfüllt – und die Steuerzahler sparen mindestens 210.000 Euro.

Landeshauptstadt Kiel: In zehn Jahren hat die Spenden-Plattform „wir-bewegen.sh“ mehr als 1,2 Millionen Euro gekostet, um knapp 2,2 Millionen Euro an Spenden einzusammeln. Zum Jahresende 2025 wird nun das teure Spendenportal eingestellt.

Ein gedrucktes Exemplar des Schwarzbuches können Sie kostenlos anfordern beim Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein unter Telefon 0431 990165-0



Der Solarpark in Stolpe soll bei Sonnenschein auch Geld in die Gemeindekasse spülen.

Erneuerbare Energien als Einnahmequelle

Diskussion des Kreisverbandes Plön in Stolpe zeigt viele Hürden auf

Kann die Investition in erneuerbare Energien die finanzielle Situation der Gemeinden verbessern? Dieser Frage ging der Kreisverband Plön des Bundes der Steuerzahler auf seiner Diskussionsveranstaltung in Stolpe nach. Im Ergebnis wurden zahlreiche Hürden festgestellt, die von den Gemeinden überwunden werden müssen.

Rund 20 Teilnehmer kamen in das Bürgerhaus Stolpe, um sich auf der Mitgliederversammlung über die Bürgerbeteiligung an einem Solarpark informieren zu lassen. Der Kreisbeiratsvorsitzende Klaus Lukait freute sich in seiner Einführung, dass mit Bürgermeister Holger Bajorat ein profunder Kenner und wirklicher „Macher“ zur Verfügung stehe, um aus seinen Erfahrungen zu berichten. Landesgeschäftsführer Rainer Kersten erläuterte kurz die aktuelle finanzielle Lage der Kommunen in Schleswig-Holstein. Insbesondere die zunehmende Verschuldung mache dem Bund der Steuerzahler große Sorgen. Da die Ausgaben schneller stiegen als die Einnahmen, ginge die Schere in den kommunalen Haushalten immer weiter auseinander.

Bürgermeister Holger Bajorat bestätigte diese Entwicklung auch für seine Gemeinde Stolpe. Durch ein gezieltes Wachstum mit der Entwicklung neuer Wohn- und Gewerbegebiete sei es der Gemeindevertretung in den vergangenen Jahrzehnten gelungen, die Einnahmeentwicklung zu stabilisieren. Bei allen Projekten habe man darauf geachtet, dass zumindest mittelfristig für den Gemeindehaushalt ein Überschuss erwirtschaftet werde. Gewerbebetriebe seien gezielt danach ausgewählt worden, dass sie ihren Betriebssitz vor Ort anmelden und sich in der Gemeinde auch einbringen. So sei es gelungen, wichtige Infrastrukturprojekte, wie Kindergärten, das Bürgerhaus und die Feuerwehnhäuser zu ermöglichen. Dennoch weise der Gemeindehaushalt ein Defizit aus. Nicht unterschätzt werden dürfe, so Bajorat, dass es bei solchen Entwicklungen „oft erst nach Jahren in der Gemeindekasse klingelt“. Bis dahin müssten aber Kredite verzinst und getilgt werden.

Auch bei der Entwicklung eines großen Solarparks habe man von Anfang an die Finanzen der Gemeinde im Blick gehabt. Durch die Nähe zur Autobahn A 21, die im Bereich von Stolpe bereits seit 1972 fertiggestellt ist, gab es die Möglichkeit einer privilegierten Planung für eine Freiflächen-Photovoltaikanlage. Insgesamt seien außerhalb des Ortes 20 Hektar Fläche entsprechend genutzt worden. Für einen Teilbereich von 35 Prozent habe sich die Gemeinde

selbst an der Projektgesellschaft beteiligt, um Einfluss auf die Geschäftsführung und die weiteren unternehmerischen Entscheidungen zu haben. Damit könne man auch langfristig sicherstellen, dass Gewinne vor Ort abgeführt und versteuert werden. Außerdem habe man Mitbestimmungsmöglichkeiten für die weitere Entwicklung. Geplant sei beispielsweise der Bau eines Batteriespeichers, um den erzeugten Strom besser verkaufen zu können, und der Einstieg in die Eigenvermarktung in Zusammenarbeit mit einem Energieversorgungsunternehmen.

Während diese Pläne derzeit ganz aussichtsreich weiterentwickelt würden, gestaltet sich die Bürgerbeteiligung ausgesprochen schwierig. Denn rechtlich sei die Aufnahme von weiteren Beteiligten, die eine finanzielle Einlage leisten, eine Finanzdienstleistung, die eine Zulassung des Vermittlers nach bankähnlichen Kriterien erfordere. Alleine die Rechtsberatung hierfür hätte für Stolpe Kosten von 160.000 Euro verursacht. Darum habe man leider von diesem Vorhaben Abstand nehmen müssen, erklärte Bajorat den Teilnehmern. Jetzt versuche man, Sonderregelungen für Kleinbeteiligungen von bis zu 20 Gesellschaftern zu nutzen, um hier eine schlankere Lösung zu finden. In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, wie stark die Regulierungen in Deutschland die kommunale Entwicklung behindern. Auf der anderen Seite müssen aber auch die Steuerzahler davor geschützt werden, dass Kommunalvertreter riskante Geschäfte eingehen. Deswegen sei es richtig, dass die Kreditaufnahme der Gemeinden durch ihre finanzielle Leistungsfähigkeit und Größe beschränkt werde.

Alle Teilnehmer waren sich einig, dass die kleinteiligen Gemeinden in Schleswig-Holstein mit ihrem großen ehrenamtlichen Engagement einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung des ländlichen Raumes leisten. Hier müssten Vorschriften und Beschränkungen deutlich entschlinkt werden, damit wieder mehr Platz für Ideenreichtum und pragmatische Lösungen geschaffen werde.

Rainer Kersten, rainer.kersten@steuerzahler.de

Blick durch das Land



Die sprichwörtliche Sommerpause in Schleswig-Holstein ging dieses Jahr bis in den September. Das hing mit dem späten Termin der Ferien zusammen. Doch wie immer wurden zum Ende der Sommersaison die Tourismuszahlen veröffentlicht. Kurz zusammengefasst konnten die Übernachtungszahlen der Touristen in Schleswig-Holstein noch einmal gesteigert werden, nur nicht im Binnenland. Hier gingen sie zurück. Gesunken sind auch die Umsätze in der Gastronomie. Die Tourismusverbände und unser dänischer Wirtschaftsminister wollen jetzt Experten beauftragen, nach den Gründen zu suchen.

Wir wissen natürlich nicht, was die Experten empfehlen. Aber wir hätten da schon einige Ideen. So fährt der Autor dieser Zeilen in seinem Urlaub gerne mit dem Fahrrad. Und er liebt das Binnenland. Seit vielen Jahren werden in Schleswig-Holstein Fahrradwege entwickelt, die einem bestimmten Motto folgen und auf wenig befahrenen Nebenstraßen sowie asphaltierten Feldwegen durch abwechslungsreiche Landschaft führen. Die Zahl der Fahrradfahrer, die einem auf diesen Wegen begegnen, lässt vermuten, dass es viele Interessenten gibt. Auch angesichts der Verkaufszahlen zumindest für die E-Bikes könnte man sogar von einem Trend sprechen. Wer aber in Schleswig-Holstein solche Touren plant, stößt schnell auf Probleme, wenn er nicht gerade im Zelt übernachten will: Es gibt an den Strecken kaum Hotels und nur wenige Restaurants, die die Fahrradfahrer versorgen.

Deutlich zu erkennen ist unterwegs, dass man sich einmal sehr viel Mühe gegeben hat, den Tourenverlauf erstmalig anzulegen. Doch heute sind viele Wegweiser und Hinweisschilder verblichen, zugewuchert oder im Laufe der Zeit schlichtweg verschwunden und zerstört. An einigen Stellen haben sich Spaßvögel, vermutlich auf dem Rückweg von einer alkoholträchtigen Feier, die Mühe gemacht, die Hinweisschilder zu verdrehen. Merken tun das offenbar nur die Fahrradfahrer, die den Weg nicht mehr finden oder in die falsche Richtung

geführt werden. Offenbar gab es bei der ursprünglichen Aufstellung reichlich Fördergelder und Ressourcen. Doch für die regelmäßige Unterhaltung und Erneuerung ist wohl niemand mehr zuständig. Da der Autor auch in anderen Bundesländern mit seinem Fahrrad unterwegs ist, weiß er, dass man es besser machen kann. Vielleicht ist dort der Tourismus im Binnenland dann auch erfolgreicher.

Wer in Schleswig-Holstein einen Restaurantbesuch plant, muss sich auf hohe Preise und kurze Öffnungszeiten einstellen. Das Essen gehen mit der Familie wird da schon einmal schnell zu einer richtigen Investition. Wie es zu den hohen Preisen kommt, kann man in der Zeitung lesen oder beim Einkaufen von Lebensmitteln selbst erfahren. Die kurzen Öffnungszeiten werden allenthalben mit dem Fachkräftemangel begründet. Doch uns fällt noch eine andere Erklärung ein.

Der Autor hat vor vielen Jahren einen Teil seiner Bankausbildung in einem bekannten Ostseebad erfahren. Damals gab es in zweiter Reihe etwas abseits von den Tourismusströmen große Häuser, in denen die Hotels und Restaurants ihre Mitarbeiter untergebracht haben. Insbesondere für Auszubildende und Saisonkräfte war das eine gute Möglichkeit, zu bezahlbaren Konditionen in der Nähe ihres Arbeitsortes zu wohnen. Heute gibt es die Häuser immer noch, sie sind aber umgebaut und beherbergen Ferienwohnungen, mit denen sich offenbar viel Geld verdienen lässt. Doch wo sollen jetzt die Mitarbeiter wohnen, die nur vorübergehend eingestellt werden oder als Auszubildende ein bescheidenes Gehalt bekommen? Auf dem freien Wohnungsmarkt ist das zumindest in den beliebten Tourismusorten schlichtweg nicht möglich! Vielleicht sollte einfach der ein oder andere Hotelier und Gastronom einmal seine Vorgänger fragen, wie die das Fachkräfteproblem gelöst haben.

In den Zeiten der schon erwähnten Bankfiliale hatte ein gerade erst kurz zuvor gegründeter privater Radiosender in

Schleswig-Holstein die Idee, ergänzend zum Wetterbericht Menschen in den verschiedenen Teilen des Landes anzurufen und nach dem aktuellen Wetter zu fragen. Für den Wetterbericht aus dem bekannten Ostseebad war ein Hotelier, Gastronom und Strandkorbvermieter zuständig. Böse Zungen behaupten, der habe bei den Temperaturangaben immer gerne ein paar Grad hinzugeschummelt und die Sonnenstrahlen etwas übertrieben dargestellt. Zumindest stimmten seine Angaben nicht immer mit dem Blick aus dem Fenster des Bankbüros überein.

Heute teilt einem das Smartphone auf dem Display mit, wie gerade das Wetter an dem Ort ist, wo man sich aufhält. Ganz unabhängig von der Frage nach dem Nutzwert, man könnte ja auch einfach einmal rausgucken, stellt man oft genug fest, dass die Angaben gar nicht stimmen. Nicht selten wird einem Regen mitgeteilt, den es gar nicht gibt.

Das gleiche Phänomen gibt es auch bei den Wettervorhersagen der Meteorologen für Schleswig-Holstein. Zumindest gefühlt wird die Eintreffwahrscheinlichkeit immer schlechter. Für den Tourismus ist es da sicher besser, wenn der Wetterbericht vom örtlichen Strandkorbvermieter gemacht wird.

Impressum

Herausgeber: Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein e.V., www.steuerzahler-sh.de

Redaktion: Rainer Kersten, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel, Tel. 04 31 / 99 01 65-0, Fax 99 01 65-11
Mail: schleswig-holstein@steuerzahler.de

Verlag: BdSt Steuerzahler Service GmbH, Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin

Verantwortlich: Roger H. Müller, Rainer Kersten

Erscheinungsweise: 10 x jährlich als Beilage von Der Steuerzahler

Auflage: 7.000, 54. Jahrgang, 10/2025

Konzeption & Gestaltung: J. Holz, www.diegestalten.com, Mainz

Satz: LINE Media Agentur, Mail: info@linemedia.de

Druck & Versand: Dierichs Druck Media GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel